

Mit Kurszettel Nummer 144 Mit Kurszettel
Berliner
Börsen-Zeitung

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Donnerstag, 26. März 1925

Gegen die rote Sturmflut!

Die Tatsache, daß es den Parteien des Reichstages Schönerer-Partei nicht gelungen ist, schon für den ersten Wahlgang einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, veranlaßt die einzelnen Parteien der Linken, mit umso größerer Intensität für die Sonderkandidaten einzutreten, erstens um den Zielen der revolutionären Parteien zu dienen und durch Erhöhung der Gesamtzahl der drei Linkenparteien schon im ersten Gange dem revolutionären Wesen zum Siege über das nationale Bürgertum zu verhelfen, zweitens um den eigenen Parteianhängern durch die Aussicht der Wahl möglichst auch zum Anlaß für die Gesamtwahlberechtigung der Linken zu machen. Mit außerordentlicher Energie arbeitet besonders die Sozialdemokratische Partei, in der stärksten Stärke darauf hin, daß die Sozialdemokratie auch durch tatliche Einwirkung und Kompromisse sich im zweiten Wahlgange die überliche Führung des Linkenblocks entgegen setzen soll. Die Sozialdemokratie will auch nach außen hin und repräsentativ das sein, was sie praktisch ja längst ist: die Vorgeschiedene der linken Parteien. Auf die Grundgedanken dieses Willens war die Reichstagswahlkommission, die die Sozialdemokratische Partei gestern im Reichstagsrat beantragte. Für das folgende Wort bezeichnen bürgerlichen Männer und Frauen, denen die Reichstagswahlkommission nicht wenig genug erscheint, um sich am Sonntag zur Wahlstätte zu begeben, ist ein Ausspruch, den einer der Hauptredner dieser Versammlung, Adolf Hoffmann, gestern Abend schon hat: Die rote Sturmflut muß am Sonntag alle Dämme der Reaktion hinwegspülen! Dabei zu bemerken ist, daß bei Adolf Hoffmann, seine Partei und deren Freunde alles „Reaktion“ ist, was eben nicht ist, und daß die aufeinandergehenden Wirkung der revolutionären Gruppen sich gegenseitig glänzt. Die Sozialdemokratische Partei hat bei der Revolution zunächst den linken Klassenkampf als Ziel vor sich, um es nach seiner Reichstagswahl als sozialdemokratische Partei zu tun. Was Adolf Hoffmann sagt, ist das Prinzip der Partei. Die rote Sturmflut soll im Interesse der Partei, die sich in den Parteien der Linken vereint, die Partei der Linken ist in diesen Tagen die dem ersten Wahlgange vorausgehenden, ein einmütig und mit gemeinsamer Kraft gegen die bürgerliche Mitte und Rechte geschloßen. Zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten herrscht Friede. Sein Wert ist untereinander, sondern jedes Atom an Energie gegen rechts. Nur äußerlich schärfere sie getrennt — aber sie wollen vereinigen. Für die Sozialdemokratie Landwirt der Wundermann Braun, ein entschlossener Kämpfer und wacklerer Kampfmann des Reichstags, dessen „Personifizierung“ und „ausgesprochenes Kommando“ in den letzten Tagen hinreichend gekennzeichnet haben, für den Zentrum Herr Marx, Senatpräsident am Reichstagsrat, nach dem Hofmann der linken Flügel der Sozialdemokratie also zu sehr „Marxismus“ — aber nur äußerlich. Inwiefern aber ist man es nach seiner Vergangenheit beizulegen, mußte, hat er Marx als preußischer Ministerpräsident gesagt, daß er Marx als preußischer Ministerpräsident des Zentrumspolitikers Dr. Wirth, sich im wesentlichen nur durch den bürgerlichen Widerspruch von den Sozialen, Sobering und Genssen untergeordnet. In den entscheidungsschwachen Tagen der Reichstagswahl hat er sich mit seinem ganzen politischen Einfuß für die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Reichstagswahl im preußischen Reich, für die Aufrechterhaltung der „roten Sturmflut“, von der Adolf Hoffmann spricht, eingesetzt. Man erinnere sich nur der Rede, die er im Landtag auf seinem Vorgänger Braun hielt, einer Rede, die weit über die Grenzen der Courtoisie hinausgehend, ein Elementarinteresse unserer Zielgemeinschaft mit dem Führer der preußischen Sozialdemokratie darstellte. Man erinnere sich besonders der flammenden Worte, mit denen Marx wenige Tage später für Sobering eintrat. Das war nicht mehr die Erfüllung von Pflichten, die sich aus dem Verstande einer hindenburg-parlamentarischen Verfassungsgemeinschaft ergaben, das war vielmehr reifliches Wettegern mit der sozialistischen Weltanschauung. Für die Parteien der Marx, Sobering und Braun bedarf es nach dem ersten Wahlgange nicht der geringsten Intervention, um sich auf dem gemeinsamen Wege zusammenzufinden, den der Vertreter der

Die Erörterungen über die Sicherheitsfrage.

Frankreichs Einwände gegen die Vorläufige Chamberlain's. Zwischen England und Polen.

Der Morgenspiegel nimmt heute ausführlich zur Rede über die Stellung Chamberlain's allgemein werden die Vorläufige Chamberlain's entweder abgelehnt oder verdrängt. Aus den öffentlichen Reden ist zu entnehmen, daß die französische Regierung wenig zu Konzeptionen geneigt ist und daß sie, bevor sie über die Unterhandlungen mit Chamberlain über die Sicherheitsfrage eintritt, die den Bedingungen der Eintritte Deutschlands in den Bündnis-Vertrag zu überlegen werde. Dabei hält Frankreich mehr als je am Seneser Protokoll fest, das es noch mehr als je die letzte Grundlage für die europäische Sicherheit betrachtet. Der geistige Beschluß der Regierung in London ist die Nummer, die die Ratifizierung des Seneser Protokolls vorsehe, hat in dieser Beziehung Bedeutung. Dem „Main“ ist nicht nur die französische Regierung, sondern auch die französischen Regierungsorgane, die die Sicherheit zu gewährleisten. Das Polen anbelangt, so betonte England dem öffentlichen als den Chamberlain. Die Lösung Frankreichs sei aber in dieser Hinsicht unklar. Es ist wohl möglich, daß Chamberlain vor allem das Ziel verfolge, Frankreich zu lähmen und es zu verdrängen, im Falle eines Konfliktes in Osteuropa zu intervenieren. Das französische Parlament werde wohl zusammenberufen werden, um das Seneser Protokoll zu revidieren. Die „Nichter“ kommt zu dem Schluß, daß Chamberlain's Plan als ein Sündenstück zu betrachten ist. Chamberlain's kleine der Ansicht ist, sein, daß ohne Polen Europa glücklich sein könnte. Das protestantische England nicht offenbar nicht die Knochen eines englischen Patrioten für das selbige Reich. Chamberlain's Plan ist ein offener Deutschland freie Hand für den Fall, in dem es ihm gefallen würde, sich auf Polen zu werfen. Man muß fragen, ob Chamberlain nicht ein solch, daß Polen durch eine solche Politik Rußland in die Arme getrieben werde. Der „Main“ behält vor allem, daß man Deutschland vorantreiben sollte, die Welt ohne Chamberlain's freimütig anzugreifen. Nach englischer Ansicht ist dies ein bedauerlicher mangelhafter Vorfall. Daraus werde aber in Zeit und Weile. Der moralische Wert des Versailles Vertrages ist Frage gestellt.

Wenn man auf diesen Wege fortfährt, so nehm man implizit die Revision des Vertrages an. Der „Main“ antwortet, daß Herrschlich sich angehöret der englischen Regierung, die den Vertrag der Berliner Regierung tragen, in einer schwierigen Lage befände. Wenn er ja sage, werde Chamberlain sich von Frankreich abwenden und wenn es sich gegen Deutschland nicht zu verteidigen will, so werde es unter Deutschland's Vertrag abgelehnt. Wenn er aber ja sage, so werde England sich von Frankreich abwenden. Die Regierung Frankreichs ist imstande, die Reparationsfrage lieber nicht mit der Kriegshandlung zu verhandeln, wird nicht Frankreich einem finanziellen Ruin zu überlassen sein. Auch die „Ere Nouvelle“ bringt den Vorwürfen Chamberlain's wenig Sympathie entgegen. England habe das Seneser Protokoll abgelehnt, weil ihm das die Kontrolle über Westeuropa entgangen wäre. Es habe den französisch-belgisch-englischen Garantievertrag abgelehnt, weil er ihm kein genügendes Gegengeteil gegeben hätte, um ihn eine vordringende Aktion auf dem Festlande zu gestatten. Dieses Gegengeteil sei für England „Deutschland“. England lasse sich in allen seinen politischen Auffassungen immer von der Sorge um die Größe des englischen Reiches leiten. Chamberlain's Plan werde, daß England seit 1910 eine ändernde Politik befolge habe. Dies sei offenbar deshalb geschehen, weil die Erinnerungen an die gemeinsamen Nahrung es nicht zurückließen. Heute dagegen fühle es diese Empfindung überwinden zu haben und es betone, die Politik mit Hyndman.

Das Bild der Lage in Washington. Englich-französisches Einverständnis. EP Washington, 26. März.

In politischen Kreisen herrscht vielfach die Ansicht vor, daß die gemachten Angaben Chamberlain's über die deutschen Gesamtverhältnisse ein Anzeichen dafür sind, daß die anglo-französischen Unterhandlungen über die Sicherheitsfrage weichen vorgedrängt sind, als man gewöhnlich annimmt. Man erzählt, daß Chamberlain dem deutschen Gesamtinteresse nicht zu weitgehender Beachtung gelangt hätte, wenn er

befürchtenden unter diesen drei Parteien, Adolf Hoffmann, gestern so klar und eindeutig gekennzeichnet hat. Was nicht willens ist die rote Sturmflut über sich und das Reichstagskomitee lassen will, der nicht am Sonntag Jaros! Dr. J.

Concours Bericht über das Seneser Protokoll TU Paris, 26. März.

Paul Boncour hat heute nachmittag bei der Konferenz der Seneser Protokoll Angelegenheiten einen Bericht über das Seneser Protokoll gehalten. Der Bericht gliedert sich in die Beschäftigung, das Seneser Protokoll dem Parlament zu empfehlen und die Unterhandlungen, die zwischen dem einzelnen Staaten getroffen werden, nur im Rahmen des Seneser Protokolls bleiben seien.

Wieder ein Stresemann-Memorandum in Ausarbeitung?

Der französische Botschafter in Paris ist aus Paris zurückgekehrt. In politischen Kreisen herrscht die Ansicht, daß er mit umfangreichen Informationen seiner Regierung ausgerüstet ist, auf Grund deren man einen detaillierten Meinungs-Entwurf der alliierten Regierungen erwarten kann. In einem offiziellen Memorandum über die deutsche Garantieangelegenheit dürfte es jedoch verhängnisvoll sein, wenn man sich zu einer zweiten Auflage des Memorandum's entschließen würde. Das französische Parlament werde wohl zusammenberufen werden, um das Seneser Protokoll zu revidieren. Die „Nichter“ kommt zu dem Schluß, daß Chamberlain's Plan als ein Sündenstück zu betrachten ist. Chamberlain's kleine der Ansicht ist, sein, daß ohne Polen Europa glücklich sein könnte. Das protestantische England nicht offenbar nicht die Knochen eines englischen Patrioten für das selbige Reich. Chamberlain's Plan ist ein offener Deutschland freie Hand für den Fall, in dem es ihm gefallen würde, sich auf Polen zu werfen. Man muß fragen, ob Chamberlain nicht ein solch, daß Polen durch eine solche Politik Rußland in die Arme getrieben werde. Der „Main“ behält vor allem, daß man Deutschland vorantreiben sollte, die Welt ohne Chamberlain's freimütig anzugreifen. Nach englischer Ansicht ist dies ein bedauerlicher mangelhafter Vorfall. Daraus werde aber in Zeit und Weile. Der moralische Wert des Versailles Vertrages ist Frage gestellt.

Ausflüchte statt Aufklärung. Stresemann's „Zeit“ redet um die Sache herum.

Die „Zeit“, das Organ des Herrn Dr. Stresemann, wendet sich, wie wir annehmen, nach Befragung Dr. Stresemann, gegen unseren gestrigen Artikel über den Wahnsinn der gegenwärtigen Verhandlungen. Wie verständig, die Debatte von dem neutralen Standpunkt der Anerkennung des Versailles Diktats gegenüber Frankreich und von der Befürchtung der Jugoslawen bezüglich der deutschen Grenzen gegen Polen, abgesehen, ist eine unerbittliche Garantie Regierung habe ja akzeptiert, eine unerbittliche Garantie für die deutschen Interessen zu übernehmen. Auf die Frage der Wehrfrage geht die „Zeit“ überhaupt nicht ein. Jedoch ein mal heute und ausbreitenden Wertes geführter Streit kann heute nur schädlich sein. Es kommt nur darauf an, zu wissen, ob Chamberlain vorsehern im Interesse Zinn und Bedeutung der deutschen Reichsfläche richtig wiederzugeben hat. Das Urteil der deutschen Presse wird dann durch seine diplomatische Dialektik geläufig werden können. Infolge Wehrfrage, daß Chamberlain aufzufordern dem englischen Unterhaus berichtet hat, ist umso größer, als die Persönlichkeiten, die zu den Seneser Bündnisverträgen beigetragen unterhalten, gesagt haben, Herr Dr. Stresemann habe zu erkennen gegeben, daß er bereit sei, alle Bedingungen Deutschlands für den Eintritt in den Bündnisvertrag zu lassen. Auch über diese Berichte ist unverständliche Ausflüchte ohne Gradfaden dringend nötig. Dr. O.

Wagonlieferungen auf Reparationskonto.

Paris, 26. März. Die Reparationskommission hat ihre Genehmigung zur Erstellung eines Auftrages von 8000 Waggonen an die deutsche Regierung erteilt. Die Waggonen sind für den Transport von Reparationsgegenständen vorgesehen. Die Lieferung von 1800 Waggonen ist den Deutschen in Rechnung und von 1000 Waggonen der Belgier an die Deutschen in Rechnung zu übernehmen.

Die Veröffentlichung der Aufwertungsberichte.

Entgegen anders lautenden Nachrichten über die Verlage der Reichsregierung wird die Aufwertung am heutigen Donnerstag nachmittag veröffentlicht werden.

Die Gefahr im Osten.

Von allen den großen politischen und diplomatischen Kriegsgeschäften steht der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš am weitesten von jeder Stelle. Dabei werden aber auch seine Kameraden sagen, daß in seinen Hallen sich mit wieder das schöne Geisteswort bezaubert: „Die ich verbietet und nicht verleiht...“ Wenn man aber fragt: Was ist die Hauptursache dieser Gefahr, dieses tschechoslowakischen Außenministers durch den Kampf gegen Deutschland und das gesamte Deutschland, so lautet die Antwort nicht mehr die Notwendigkeit zu betonen, jedes Wort und jede Handlung, die von dieser Seite kommt, mit äußerster Aufmerksamkeit aufzunehmen. Kürzlich hat nun Dr. Beneš in einem bei deutschen Zeitungen mit dem Titel „Zeit Journal“ im Anschluß an das sogenannte deutsche Garantieprotokoll, das die Westmächte die Ausarbeitung eines solchen Paktes auch auf die östlichen Nachbarn Deutschlands, d. h. vor allem Polen und die Tschechoslowakei gebietet und gleichzeitig — was die eigentliche Gefahr ist — die Bildung einer neuen Staatengruppe im Osten (Rugier) unter Einfluß von Deutschland (Rugier) im Osten, die in wesentlichen auf eine Wiederherstellung und Verwirklichung des belagerten Ostens einer Neuauflösung als Nachfolger des alten Doppelmonarchie, die man unter dem Namen des „Korridorstaats“ kannte.

Von hat eben allerdings auf die sehr verheerenden arabischen Kommentare hin, welche diese Korridor-Verhandlung in der internationalen Presse gefunden hat, Beneš in der Frage „Arabisches“ wieder vorläufig abgewandt. Offenbar hat Beneš im Grunde unter den augenblicklichen Umständen nicht und hat der gerade machenden anglo-französischen Politik daran, sich als ersten Problemkreis zu empfehlen. Wer man nicht nicht, erkennt man, daß diese Nebenworte keine Nebenworte sind, über die deutschen Vorläufer zu verhandeln, in seiner Rede ein Widerspruch durch ein tschechoslowakisches Gegenstands punktlos bedeutet. Beneš erklärt nämlich, die östliche Unterseite Deutschlands wäre auf keinen Fall für einen eventuellen Fall geeignet, sondern zu wählen materielle Garantien haben können, mit der Versailles Vertrag diese vor allem durch nicht gesichert werden. Schon vorher hatte ein anderer Mann, die „Arabisches“ untereinander aus diesem Geistes heraus geschrieben: „Gegenüber Deutschland seine Wohlgefallen zum Rücktritt zu so helfen. Dingen wie Vertragsverhandlungen im Osten auszuführen, dann wird es erst recht verfahren, sie zum Schutze der deutschen Interessen zu verwenden.“ Hier tritt ganz deutlich wieder der rote Faden der tschechoslowakischen Politik hervor, die ein unbedingter Kampf gegen Deutschland und das Deutschland ist.

Am das letzte Ziel der von Beneš — diesmal wohl vielfach in Paris etwas zu offen — ausgehenden Pläne zu erkennen, braucht man aber nur in die Vergangenheit dieses Staatsmannes zurückzublicken. Es gibt noch keine, die sich seiner erinnern, als er im alten Wien Reichsrat tschechoslowakischer Wähler war, und in seinen Kreisen die noch offenerheriger in den damaligen Gefährten-Debatte die zunehmende Zerschöpfung der österreichischen Doppelmonarchie verfolgte, die ihm schon damals die Zukunftsaussichten für ein späteres, nach der revolutionären Zerschöpfung des Doppelmonarchie's herrschend auf sich richteten. Es ist nicht ohne Interesse, daß auf diesen Ziele seiner Tätigkeit hat Beneš mit dem wunderbaren Fähigkeit, mit nie versiegender Energie und fruchtbarer Ausnutzung aller Mittel und Menschen bis zum heutigen Tage festgehalten. Während des Krieges stand er in Verbindung mit Masaryk, der sich damals als Flüchtling in Paris aufhielt und war gleichzeitig der wichtigste Vertragspartner für die Zerschöpfung des Doppelmonarchie's aus dem Osten und Westen. So findet man in einer seiner 1917 veröffentlichten Schriften, die besonders für England und Amerika bestimmt waren, folgenden Satz: „Das geistliche und schändliche Polen, das freie Rußland und der demokratische tschechoslowakische Staat bilden einen unüberwindlichen Wall gegen Deutschland. In diesem ergibt ein größeres Gebirge, das zusammengesetzt aus tschechisch, litauisch und slowakisch ist, den tschechoslowakischen Staat bildet, die tschechoslowakische Welt.“ Der untere